



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Odezwa liberałów niemieckich z programem wyborczym atakującym socjaldemokrację, oraz z nazwiskami partyjnych kandydatów na posłów na Śląsku

Liczba stron oryginału

4

Liczba plików skanów

5

Liczba plików publikacji

5

Sygnatura/numer zespołu

TR 052.076

Data wydania oryginału

Ok. 1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Deutschfreiheitliche Wähler Schlesiens!

TR SZ. 76/1

Am 13. Juni werdet Ihr zur Urne gehen, um ein neues Abgeordnetenhaus zu wählen.

Das erste Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes hat die Hoffnungen, die auf dasselbe gesetzt wurden, nicht erfüllt. Nüchtern haben sich die bürgerlichen deutschen Parteien bemüht, das Parlament lebensfähig zu erhalten und fruchtbare Arbeit für alle Schichten der Bevölkerung zu leisten.

Tschechen und Slovenen haben durch eine frivole, wahnwitzige Deutepolitik das Volkshaus vier Jahre lang in seinem Schaffen eingeengt, gehemmt, bedroht und endlich ganz zer schlagen und die **internationale Sozialdemokratie** hat in ihrer deutschfeindlichen doktrinären Parteiverbohrtheit jahraus jahrein die Politik der Tschechen und Slovenen **unterstützt** und sich auf diese Weise an dem schließlichen Untergang des ersten Volkshauses **mitschuldig** gemacht.

Wenn gleichwohl das erste Haus des allgemeinen Wahlrechtes auch für die Zukunft etwas nützliches gezeitigt hat, so gehört dazu der Nachweis, wie wenig

die Sozialdemokratie

befähigt ist, jene Hoffnungen zu erfüllen, die Tausende von Wählern in unseliger Verblendung auf sie gesetzt haben. Heute ist der Sozialdemokratie die Maske vom Gesichte gerissen. Das österreichische Parlament ist unter den Parlamenten Europas dasjenige, das neben Belgien die **stärkste sozialdemokratische Partei** aufweist. Wir haben diese Partei nur vier Jahre an der Arbeit gesehen und wissen heute, daß sie auf dem eigenartigen Boden der **österreichischen Politik unfruchtbarer und unfähiger** ist, als in irgend einem anderen Staate. Diese ihre Unfähigkeit, an der Lösung der dringendsten politischen Aufgaben in Oesterreich mitzuarbeiten, suchte die Sozialdemokratie allezeit und sucht sie besonders auch im gegenwärtigen Wahlkampfe durch wüsten Schimpfen und kühnes Verdrehen der Tatsachen zu verschleiern.

Die **deutschfreiheitlichen bürgerlichen Parteien**, die im Vereine mit der deutschen Arbeiterpartei eine tatkräftige, rücksichtslose und zielbewusste **Verteidigung der Interessen des deutschen Volkes** in Oesterreich als ihre **Lebensaufgabe ansehen**, kümmern sich indeß bei der Verfolgung derselben ebensowenig um den Terrorismus der Sozialdemokratie, wie um die Gunst der regierenden Kreise,

sondern stützen sich als **Volkspartei** auf das **gesamte ehrlich arbeitende deutsche Volk** ohne Unterschied der Klasse, des Standes oder Berufes.

Jede Stimme für die deutschfreiheitlichen Parteien ist eine Stimme für eine gesunde, ehrliche, nationale Mittelstandspolitik.

Die deutschfreiheitlichen Parteien kämpfen

in nationaler Hinsicht

für die unverminderte Erhaltung des deutschen Volkstums in Oesterreich und fordern für dasselbe jene **führende Stellung im Staate**, die ihm auf Grund seiner geschichtlichen Verdienste um diesen Staat, seiner kulturellen Überlegenheit und seiner wirtschaftlichen Bedeutung, für die insbesondere die Steuerleistung als Maßstab anzusehen ist, gebührt.

Jede Stimme für die deutschfreiheitlichen Parteien ist eine Stimme für die Machtsteigerung des deutschen Volkes in Oesterreich.

Die deutschfreiheitlichen Parteien betrachten

eine gesunde wirtschaftliche Grundlage

als die unerläßliche Vorbedingung für eine kräftige Entwicklung unseres Volkstums, fordern und unterstützen demnach alle jene Maßnahmen, die geeignet sind, dessen wirtschaftliches Wohl zu fördern und zu sichern.

Sie traten für die Erhaltung des Bauern- und Gewerbestandes ebenso tatkräftig und entschlossen ein, wie für die wirtschaftliche und geistige Förderung des Arbeiterstandes, der infolge der fortschreitenden industriellen Entwicklung einen stets steigenden Prozentsatz unseres Volkes ausmacht. Sie traten auch mit der größten Entschiedenheit für den Ausbau der Rechte und der sozialen Sicherungen für das große Heer der öffentlichen und privaten Beamten und Angestellten ein.

Jede Stimme für die freiheitlichen deutschen Parteien ist eine Stimme für den Schutz des Gewerbe- und Bauernstandes, der Beamten und Angestellten, sowie der Arbeiter.

Die freiheitlichen deutschen Parteien fordern daher auch

soziale Reformen.

Sie betrachten eine großangelegte, durchgreifende Sozial-

reform und namentlich auch einen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und deren Erstreckung auf die große Masse der kleinen, selbständigen Erwerbenden als eine der Hauptaufgaben eines modernen Staates und lassen sich bei diesem Bestreben im Gegensatz zu der einseitigen Klassenpolitik der Sozialdemokratie von zwei Gesichtspunkten leiten: **von der Harmonie der wirtschaftlichen Interessen** und dem **sozialen Gewissen**, d. h. von der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Stände möglichst in Einklang zu bringen, und von der schuldigen Rücksicht auf die geistige und körperliche Gesundheit und Kraft der breiten Massen des Volkes.

Die deutschen freiheitlichen Parteien haben dann auch im letzten Parlamente ehrlich und mit vielem Erfolge an dem großen Gesetzeswerk der Alters- und Invaliditätsversicherung mitgearbeitet. Ihrem Einfluß ist es allein zuzuschreiben gewesen, daß der Beschluß gefaßt wurde, die großen Wohltaten des Gesetzes auch den Ärmsten der Armen u. a. den Wald- und Forstarbeitern und den zahllosen Heimarbeitern zuzuwenden. Mit der von den Slaven verursachten und von der Sozialdemokratie mitverschuldeten Auflösung des Parlamentes ist jedoch auch diese Fürsorgetätigkeit der bürgerlichen Parteien unterbrochen worden. Doch werden unsere Parteien ihre sozialpolitische Tätigkeit im neuen Parlament sofort und mit größtem Eifer wieder aufnehmen.

Jede Stimme für die deutschfreiheitlichen Parteien ist eine Stimme gegen die einseitige Standes- (Klassen-) oder Parteipolitik und für eine wahre Volkspolitik.

Schwer leidet die Gesamtheit der Völker unter der Zerrüttung der Finanzen des Staates und der einzelnen Kronländer, die nicht, wie die Sozialdemokratie Euch einreden möchte, durch die Forderungen des Militarismus allein verursacht wird, sondern die ihren Hauptgrund in der ungeheuren Steigerung der Ansprüche hat, welche die moderne Zeit und ihre Bedürfnisse an alle Zweige der öffentlichen Verwaltung stellt. Wohl muß dem Staate das, was er zum Schutze seiner Grenzen und zur Sicherung der ruhigen und friedlichen Arbeit seiner Bürger notwendig hat, bewilligt werden. Aber neben den **Staatsnotwendigkeiten** müssen auch die **Volksnotwendigkeiten** ausreichende Berücksichtigung finden. Eine durchgreifende

Ordnung in den Finanzen des Staates

muß hergestellt werden. Dazu ist die Sozialdemokratie schon auf Grund ihres Programmes ganz und gar unfähig. Ihre Steuerpläne sind undurchführbar und nichts als demagogische Schachzüge. Diese Ordnung der Staatsfinanzen, welche die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung aller Schichten des Volkes ist, werden die freiheitlichen bürgerlichen Parteien allein durchzuführen haben. Sie sind sich dabei **der Pflicht bewußt**, ihre Steuerpolitik so einzurichten, **daß der Arme und Besitzlose auf Kosten des Reichen und Vermögenden entlastet werde.**

Jede Stimme für die freiheitlichen deutschen Parteien ist eine Stimme für die Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte und für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten.

In Sachen der Freiheit

fordern unsere Parteien die praktische Durchführung des Reichsvolksschulgesetzes, die Beseitigung jedes klerikalen Einflusses auf die Schule und vor allem eine streng nationale Erziehung im gesamten öffentlichen Schulwesen. Sie fordern weiters die freiheitliche Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, sowie der Preßgesetzgebung und eine Reform des veralteten bürgerlichen Gesetzbuches.

Mit diesen Hauptforderungen geht der deutsche bürgerliche Freisinn in den Wahlkampf. Auch die deutschfreiheitlichen Parteien stehen auf dem Boden der Demokratie. **Ihr Kampf richtet sich nicht, wie die Sozialdemokratie lügt, gegen die Arbeiter.**

Eine vorurteilslose, gerechte Beurteilung des Parlamentes wird vielmehr zu dem Schlusse kommen müssen, daß dessen Tätigkeit im letzten Jahre in einem viel größeren Ausmaße der sozialen Fürsorge für die breiten Schichten der arbeitenden Stände, als der Befriedigung der Bedürfnisse der sogenannten besitzenden Klassen gewidmet war. Die deutschen freiheitlichen Parteien haben mehr eine Politik für die Arbeiter als eine solche für das Gewerbe, den Handel und die Industrie getrieben. Zum Beweise dessen dient das Verzeichnis jener sozialpolitischen Vorlagen, die im Parlament unter der Mitarbeit und mit rückhaltloser Zustimmung unserer Parteien Gesetz wurde und für deren Zustandekommen die Sozialdemokratie jetzt in unverschämtester Weise das Verdienst für sich allein in Anspruch nimmt.

Unser Kampf richtet sich nur gegen des Volkes Verführer, deren falsche Parteilehrsamkeit und deren Fanatismus nichts anderes zeitigt, als eine Halb- und geistige Selbstverstümmelung der ihnen anhängenden Massen.

Bauern und Gewerbetreibende, Beamte und Arbeiter haben sich in unserem Lager die Hände gereicht zum Kampfe für eine **echte volkstreue Demokratie.**

Jede Stimme für die freiheitlichen deutschen Parteien ist eine Stimme für den gesunden Sinn, der im Volke ruht und von dem seit jeher jeder wahre Fortschritt in der Welt ausgegangen ist.

Der Landeswahlausschuß fordert die deutschen Wähler der schlesischen Wahlkreise auf, am

13. Juni

einmütig folgenden Kandidaten ihre Stimme zu geben, die alle Gewähr bieten, daß sie den oben angeführten Grundsätzen zum Siege verhelfen werden.

1. Wahlkreis: Stadt Troppau:

Dr. Rudolf Sommer,
Professor, Olmütz.

2. Wahlkreis: Städte Freiwaldau, Zuckmantel, Würbenthal, Jägerndorf, Obersdorf, Sauernig
Stadt, Engelsberg, Weidenau, Friedeberg:

Dr. Heinrich von Oberleithner,
Landtagsabgeordneter, Mähr.-Schönberg.

3. Wahlkreis: Städte Freudenthal, Bennisch, Odrau, Wigstadt, Wagstadt, Königsberg, Friedek:

Dr. Robert Sreißler,
Handelskammersekretär in Troppau.

4. Wahlkreis: Städte Teschen, Oderberg, Freistadt, Schwarzwasser:

Dr. Leonhard Ritter von Demel,
Rechtsanwalt, Teschen.

5. Wahlkreis: Städte Bielik, Skotschau, Zabunkau:

Otto Günther,
Oberbaurat, Wien.

7. Wahlkreis: Landgemeinden der Gerichtsbezirke Sauernig, Weidenau, Freiwaldau:

Serdinand Seidl,
Gemeinderat, Troppau.

8. Wahlkreis: Landgemeinden der Gerichtsbezirke Zuckmantel, Obersdorf, Jägerndorf, ferner
die Ortsgemeinden Kreuzendorf, Lobnitz, Skochowitz:

Hans Kudlich,
Landtagsabgeordneter und Grundbesitzer in Lobenstein.

9. Wahlkreis: Landgemeinden der Gerichtsbezirke Würbenthal, Freudenthal, Bennisch, ferner
Ortsgemeinde Mladetzko:

Dr. Eduard Türf,
Landtagsabgeordneter und Rechtsanwalt in Bielik.

10. Wahlkreis: Landgemeinden der Gerichtsbezirke Odrau, Wigstadt ohne die Ortsgemeinden
des Wahlbezirkes Nr. 11, ferner die Ortsgemeinden Lippin, Stiebzig, Wollmersdorf, Altstadt
bei Wagstadt, Bielau, Brawin, Broßdorf, Groß-Obersdorf, Radnitz, Thru, Alexanderfeld,
Altbielik, Baidorf bei Bielik, Bistrai, Kamitz bei Bielik, Lobnitz, Miedelsdorf, Oberkurzwald:

Richard Herzmansky,
Erbrichtereibesitzer in Taschendorf.

Für die übrigen Bezirke behält sich der Landeswahlausschuß die Aufstellung von Kandidaten vor.

Deutsche Wähler!

Haltet fest an Euren Grundsätzen! Folget einmütig unserem Rufe! Wenn Euch der Wahltag alle ohne Ausnahme an der Urne vereint, wenn Ihr Eure völkische Pflicht erfüllt, dann krönt schon im ersten Wahlgang der Sieg unseres Bewerbers unsere Mühe!

für den schles. Landeswahlausschuß:

Der Schriftführer:

Dr. Viktor Soerster,

Advokat in Bielitz.

Der Obmann:

Walther Kudlich,

Bürgermeister von Troppau.